Nr. 138 / A 70 Morgen-Ausgabe

Vossische Zeitung

Berlin

Dienstag, 23. März 1926 / V

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder" Sonstige Beilagen: „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — „Literarische Umschau"

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3662, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Regierungsparteien für Steuerkompromiß

Ablehnung der Sozialdemokraten

Die Verhandlungen der Regierungsparteien über die endgültige Fassung des Steuerkompromisses endigten gestern abend mit dem Ergebnis, daß das Kompromiß von den Ausschußmitgliedern der betreffenden Parteien unterschrieben wurde. Dr. Reinhold wird also bei der am Dienstag früh beginnenden Beratung das Steuerausschusses die Regierungsparteien einmütig hinter seinen neuen Vorschlägen haben.

Die Besprechung, die der Reichskanzler, der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister mit den sozialdemokratischen Abgeordneten Hermann Müller, Dr. Hilferding und Dr. Herz nach der Plenarsitzung im Reichstag hatte, verlief erfolglos, da die sozialdemokratischen Abgeordneten erklärten, daß sie in dem Steuerkompromiß eine Verschlechterung der ursprünglichen Steuerabbauvorlage der Regierung sehen und sie es daher ablehnen müßten.

3/4 v. H. Umsatzsteuer zum 1. April

Ueber die Verhandlungen, die zu dem neuen Steuerkompromiß der Regierungsparteien führten, teilt der Demokr. Zeitungsd. folgendes mit:

Nach langstündigen Verhandlungen ist Uebereinstimmung darüber erzielt worden, daß die gesetzliche Durchführung des neu vereinbarten Steuer-Programms einheitlich zum 1. April erfolgen soll. Bisher bestand bei der Deutschen Volkspartei die Absicht, die Luxussteuer und die Fusionssteuer vorweg zu verabschieden. Dieser Absicht hat sich die Demokratische Partei widersetzt.

Ueber den Inhalt des Kompromißentwurfs wird mitgeteilt, daß die Umsatzsteuer statt auf 0,6 v. H. nur auf 0,75 v. H. ermäßigt werden soll. Die Luxussteuer wird aufgehoben, und zwar mit dem Termin des 1. April; die Aufhebung geschieht also ohne rückwirkende Kraft. Die früheren Bestimmungen über die Fusionssteuer sind mit einem Zusatz versehen worden, dergestalt, daß die Steuer zur Hälfte den Ländern überwiesen wird, die sie ihren durch die Zusammenfassung der Betriebe benachteiligten Gemeinden überweisen.

Bei der Vermögenssteuer tritt eine Erleichterung für die kleinen Vermögen bis 50 000 Mark ein, und zwar ermäßigt sich die Vermögenssteuer, wenn das abgerundete Vermögen 10 000 Reichsmark nicht übersteigt auf 1 vom Tausend; wenn das Vermögen 10 000 Reichsmark beträgt, aber 20 000 Reichsmark nicht übersteigt, auf 2 vom Tausend; wenn das Vermögen 30 000 Reichsmark nicht übersteigt, auf 3 vom Tausend, und wenn es 50 000 Reichsmark nicht übersteigt, auf 4 vom Tausend.

Die Biersteuererhöhung tritt nicht, wie ursprünglich vorgesehen war, am 1. April 1926, sondern erst am 1. April 1927 in Kraft.

Die Weinsteuer soll mit dem 1. April 1926 aufgehoben werden, das gleiche gilt für die Sektsteuer.

Soweit bisher berechnet ist, beträgt der Steuerausfall, so wie er im jetzigen Kompromißentwurf festgelegt worden ist, rund 500 Millionen Mark, während der Reichsfinanzminister Reinhold die Steuern um rund 560 Millionen Mark ermäßigen wollte. Es ist deshalb vereinbart worden, daß nach dem 1. April weiter beraten werden soll, welche Steuersenkungen noch in Frage kommen.

Am Montag nachmittag fand eine erneute Beratung zwischen den Regierungsparteien und dem Reichsfinanzminister über die parlamentarische Erledigung des Kompromißentwurfes statt.

Steuerkrise

Von

Georg Bernhard

Der bisherige Verlauf der außenpolitischen Debatte hat eine merkwürdig resignierte Haltung der Deutschnationalen im Reichstag in die Erscheinung treten lassen. Ihr Redner, Graf Westarp, der in der Tonart sehr scharf sprach, hat in der Sache überaus milde gesprochen. Nach den aufgeregten Zeitungsartikeln in der deutschnationalen Parteipresse in der vergangenen Woche hätte man eigentlich wesentlich anderes erwarten müssen. Man könnte über diese Bekehrung der Rechtsopposition zur Vernunft sehr erfreut sein, wenn nicht leider der Verdacht rege werden müßte, daß die milde Stimmung der Deutschnationalen weniger aus der Ueberzeugung als aus einer politischen Berechnung kommt, der ein von der Regierung Luther angebotenes Kompromiß zugrunde liegt. Des Rätsels Lösung scheint nämlich durch die letzten Verhandlungen des Steuerausschusses im Reichstag gegeben zu werden, in denen sich eine heftige Opposition geltend machte.

Was hinter den Kulissen des Reichstags und der Regierungstätigkeit augenblicklich vorgeht, scheint nicht mehr und nicht weniger als eine vollkommene Abkehr von Reinholds Finanzprogramm zu sein. Der neue Reichsfinanzminister hat mit jugendlichem Elan die deutsche Finanzpolitik der letzten Jahre dadurch desavouiert, daß er die Umsatzsteuer von 1 v. H. auf 0,6 v. H. herabsetzen, die Luxussteuer aufzuheben und gewisse Reformen in der Lohnsteuer vorzunehmen, vorschlug. Dieses Finanzprogramm ist auch an dieser Stelle mit Freuden begrüßt worden. Seit Jahren hat die deutsche Wirtschaft nicht bloß allgemein über die zu starke Belastung mit Steuern, sondern im besonderen über die drückende Wirkung der Umsatzsteuer geklagt. Es ist gerade aus industriellen und Handelskreisen früher immer wieder betont worden, daß ein Teil der Einengung des Konsums, die für die deutsche Produktion sich als verderblich erwies, auf die hohe Umsatzsteuer zurückzuführen sei.

Nun soll plötzlich alles nicht mehr wahr sein. Unter den Regierungsparteien ist ein Kompromiß zustande gekommen, dessen wesentlichster und nach außen sichtbarster Teil darin besteht, daß die Umsatzsteuer nur auf ¾ v. H. ermäßigt werden, die Luxussteuer aber nach wie vor fortfallen soll. Als Begründung hat der Reichsfinanzminister unter anderem die ernsten Probleme herbeigezogen, die sich aus der Erwerbslosenfürsorge ergeben. Wenn es sich allein um diese Dinge handelte, so würde die neue Stellungnahme des Reichsfinanzministers in seinem eigensten Interesse sehr bedenklich sein. Denn er hat ja alles, was er jetzt gegen eine weitere Ermäßigung der Umsatzsteuer ins Feld führt, schon vorher gewußt. Ja, die Gegner der Reinholdschen Reform — worunter sich sogar gewichtige Faktoren im eigenen Amt des Ministers befanden — hatten von Anbeginn schon damit graulich zu machen versucht, daß die Erwerbslosenfürsorge mit ihren steigenden Ansprüchen die guten Absichten des Ministers über den Haufen werfen werde. Wenn nun kein anderer Grund für den Gesinnungswechsel des Ministers vorläge, so würde er sich mit seinen eigenen Worten selbst den ihm früher schon versteckt gemachten Vorwurf der „Leichtfertigkeit" bestätigen.

In Wirklichkeit aber liegen die Dinge etwas anders. Wie bereits aus den weiteren Einzelheiten des Steuerkompromisses ersichtlich ist, sollen nämlich die Weinsteuer sowie die Schaumweinsteuer vollkommen aufgehoben werden, und die Erhöhung der Biersteuer soll bis zum 1. Januar 1927 verschoben werden. Das ist des Pudels Kern. Nachdem der Ertrag bzw. der Mehrertrag aus diesen Steuern, mit dem der Minister natürlich bei seiner Kalkulation gerechnet hatte, in Fortfall kommt, bleibt eben ein Loch übrig. Und dieses Loch muß dadurch ausgefüllt werden, daß die Umsatzsteuer nicht in vollem versprochenen Maß reduziert werden kann. Nun könnte man ja sagen, daß es auf diese 0,15 v. H. nicht ankommt. Aber es liegt hier nicht der Versuch vor, aus gewissen Schwierigkeiten einen praktischen Kompromißweg zu finden. Denn es geht gar nicht um die Frage, ob 0,6 oder 0,7½ v. H. Umsatzsteuer, sondern nur darum, ob denn weiter Aussicht besteht, wie es doch geplant war, die Umsatzsteuer vollkommen abzuschaffen. Mit anderen Worten: darum, ob das Prinzip aufrechterhalten werden soll, zu dem der neue Finanzminister sich bekannt hatte, zur Grundlage seiner Finanzpolitik Erwägungen der Wirtschaftspolitik zu machen.

Im 28. Ausschuß des Reichstages hat man vor kurzem die Aufhebung der Weinsteuer beschlossen. In einem Ausschuß also, der sich besonders mit der Not der Winzer beschäftigte, hat man eine Maßnahme getroffen, die auf die gesamte Finanzpolitik des Reiches von ausschlaggebendem Einfluß ist: ein Beweis für die unorganische Art und für die Zusammenhanglosigkeit, mit der der Reichstag arbeitet. Nun besteht zweifellos eine Not der Winzer. Und auch das deutsche Schaumweingewerbe ist im Augenblick nicht auf Rosen gebettet. Wir halten es auch für durchaus falsch, Fragen wie

Bethlen schreibt Neuwahlen aus

Weisung aus Genf?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

bh **Budapest**, 22. März

In der Nationalversammlung machte heute der Abgeordnete Julius Verdy, der zur unmittelbaren Umgebung des Ministerpräsidenten Bethlen gehört, die sensationelle Mitteilung, daß die Regierung demnächst die Nationalversammlung auflösen und Neuwahlen ausschreiben werde. Ministerpräsident Graf Bethlen, der im Saale zugegen war, und der Vorsitzende der Regierungsparteien, Abg. Almary, nickten zustimmend nach diesen Mitteilungen Verdys.

In politischen Kreisen hat die Nachricht über die bevorstehenden Neuwahlen das größte Aufsehen hervorgerufen, da Graf Bethlen augenblicklich gar keine Ursache zur Auflösung der Nationalversammlung hat, wo er über eine unbedingte Mehrheit verfügt, die eben jetzt, wo sie ihn von jeder Verantwortlichkeit für die Frankenfälschungen freizusprechen im Begriffe ist, die denkbar größte Kraftprobe besteht.

Neuwahlen können keineswegs eine bessere Mehrheit für Bethlen bringen, der jetzt, wo durch die Frankenfälscheraffäre die Aufmerksamkeit der Welt auf Ungarn gelenkt wurde, nicht mehr mit den Mitteln wird wählen können, die er bei den letzten Wahlen in Anwendung gebracht hatte. Deshalb wird vielfach die Vermutung ausgesprochen, daß **Bethlen in Genf die Weisung bekommen haben dürfte, Neuwahlen auszuschreiben.**

In Regierungskreisen wird dagegen erklärt, die Absicht der Regierung sei es, da man im In- und Auslande ein Vertrauensvotum des Parlaments für ungenügend zur Rechtfertigung der Regierung hält, sich vom Volke selbst das Vertrauen votieren zu lassen.

Neue Abrüstungseinladung an Moskau

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 22. März

Heute sind vom Völkerbundsekretariat an die russische Regierung zwei Schreiben gerichtet worden, welche die nochmalige Einladung zur Teilnahme an der am 18. Mai in Genf zusammentretenden Abrüstungskommission enthalten. Der russischen Regierung gegenüber, Delegierte zu einer auf Schweizer Boden stattfindenden Konferenz zu entsenden, erklärt das erste Schreiben: der Rat ist überzeugt davon, daß die Sowjetregierung, deren aufrichtigen Wunsch zur Mitarbeit an der möglichst weitgehenden Erleichterung der Rüstungslasten er mit Befriedigung verzeichnet, nicht darauf bestehen wird, daß Ausnahmemaßnahmen zu ihren Gunsten für die Arbeiten der vorbereitenden Kommission gemacht werden, die keinem einzigen Mitglied des Völkerbundes zugestanden werden könnten.

Das zweite Schreiben teilt mit, daß durch Beschluß des Völkerbundrates diejenigen Staaten, die zur Teilnahme an der Abrüstungskommission eingeladen werden, auch Delegierte für die ständige Militärkommission des Völkerbundes ernennen sollen, die als beratendes Organ der Abrüstungskommission fungieren wird, und ersucht die Sowjetregierung, die Namen ihrer Militärdelegierten zu benennen.

Ferner teilt das Sekretariat mit, daß der Rat beschlossen hat, dem zweiten beratenden Organ der Abrüstungskommission, dem gemischten Wirtschaftskomitee, noch vier besondere Sachverständige für Industrie- und Verkehrsfragen beizugeben, die von Deutschland, den Vereinigten Staaten, Japan und Sowjetrußland ernannt werden sollen.

0242